



Der Umstand, daß unter den Gründen des Selbstmordes bei den Schülern höherer Lehranstalten diejenigen, welche auf nicht erfolgter Beerdigung und nicht beendeten Gramen zurückzuführen werden, am häufigsten vorkommen, ist gar bemerkenswert, hat aber in Anbetracht der großen Zahl von Schülern, welche alljährlich eine Prüfung zu bestehen haben, keineswegs etwas Auffällendes. Mehr Lehrzeit ist es, daß bei den Schülern niedriger Lehranstalten die Zahl derjenigen Selbstmörder, welche aus Furcht vor Strafe begangen wurden, die übrigen bei weitem übertrifft; haben doch von den jungen Selbstmördern niedriger Schulen nicht weniger als 50 Prozent aus dieser Ursache ihrem Leben ein Ende gemacht.

**Preussischer Landtag.**

**Abgeordnetenhaus.**

1 Uhr. Am 11. Januar. 16. Sitzung vom 12. Januar. Dr. Miquel.  
Nach beendeter Erörterung des Redaktionsvertrages über die Consolidation der preussischen Staatsanleihen ergreift das Wort zur Einbringung des Staatshaushaltsprojes für 1891/92 der Finanzminister Dr. Miquel.

Ich habe die Ehre, dem hohen Hause den neuen Etat zur verfassungsmäßigen Genehmigung zu unterbreiten. Der Etat beläuft sich auf Einnahmen und Ausgaben mit 1720 594 749 Mark, davon kommen 10 Millionen auf die Einnahmen und 720 594 749 Mark auf die Ausgaben. In Anbetracht der Mehraufgaben bieten die Staats-Verechtsüberträge mit 110 Millionen. Bei den Dotationen der Finanzverwaltung und bei den Rückstellungen der einzelnen Ressorts ergibt sich ein Betrag von 74 Millionen. Von diesen fällt der Etat glatt ab ohne Zuführung einer Mark und ohne in Anbetracht der Ueberschüsse des Vorjahres. Freilich haben wir zu dieser Bilanzierung von Einnahmen und Ausgaben nur gelangen können, indem wir wichtige Forderungen für später zurückstellten, so namentlich Forderungen für Kunst und Wissenschaft und Landeshaushaltsverpflichtungen. Seit dem Jahre 1880 haben wir uns mit den Etats für die Defizit bewegt, die bis zur Höhe von 97 Millionen Mark pro Jahr liegen. Der Ueberschuß im vorliegenden Etat ist so erheblich, oder er darf uns nicht übermäßig machen, da er hauptsächlich mehr reduzierbar, als wirtschaftlicher Natur ist. Gegenüber den Anforderungen der Schuldentilgung, so bleibt wenig von den Ueberschüssen. Die Verfertigung eines Etats, der die Ueberschüsse nicht ausschließt, ist dem Staat eine unabweisbare geworden, und wenn auch ein gewisser Zwang nicht besteht, so müssen wir doch endlich diese Pflicht im Auge fassen, unsere ganze Finanzlage erfordert das. Was Einzelheiten des Etats anbelangt, so will ich hervorheben, daß an die Stelle der Ausgaben des Verwaltungsvertrages 10 Millionen mehr, im Ganzen über 40 Millionen überwiegen werden sollen. Was die Staatsverträge betrifft, so ist es bei den Schwankungen im Verkehr sehr häufig, einen gewissen Fortschritt zu machen. Das Ergebnis der finanziellen Verträge ist ja doch von anderer Art, auf welche einzuwirken die finanziellen Verträge sind, der Lage ist, die Ueberschüsse der Ueberschüsse, der Kohlenverträge und anderer Materialien fallen in der Bemessung der Einnahmen sehr stark ins Gewicht. Die im Staatsaufbewahrung in den vorjährigen Nachtragetat eingestellten 15 Millionen Mark sind auch in den gegenwärtigen Etat wieder aufgenommen und erscheinen zunächst als Mehraufgaben. Der zur Bezahlung von Stellenzulagen eingehende Betrag von über eine Million Mark hat sich nicht als ausweichend erwiesen, auch das System der Stellenzulagen bedarf sich nicht. (Hört, hört!) Wie werden auf eine Veränderung des Systems Bedacht zu nehmen haben. Zur Gründung der Kaiserliche Gehälter sind 457,000 Mark eingestellt, was sich zu erhöhen ist, ob das System der Gehälter, die Ueberschüsse nicht ebenfalls zu ändern sein und zu zeigen sich wird durch Einführung von Gehalts-Änderungen. (Sehr richtig.) Das bisherige System hat viel Unzufriedenheit erregt. Äußerlichkeiten haben allein schon den Grund, daß die Beamten die Höhe ihres Gehalts für die Zukunft mit Sicherheit ihren Kindern, für die Bezahlung der Gehälter der Beamten sorgen. Das die Beamtenbesoldung dadurch gefördert werden könnte, befürchten wir nicht, wir haben Disziplinarmittel, die völlig ausreichen, pflichtvergeßene Beamte auf den rechten Weg zurückzuführen. Das neue System wird ferner ermöglichen, daß die zahlreichen Stellen der Beamten in ungenutzten bleiben können. (Sehr richtig.) Sind auch die Gehälter der Staatsbeamten in den verschiedenen Stufen niedriger, als die Gehälter von Privatbeamten, so kann jene doch den Vorzug der dauernden, gesicherten Gehaltsbezüge, Vererbung im Alter und Vererbung ihrer Witwen und Waisen im Falle eines Ablebens ihrer Familien, für die Bezahlung der Gehälter der Beamten gegenüber den Gehältern der Privatbeamten, eine gewisse Ueberschuldung vorliegen, da sich die Vererbung dieser Stellen als bringend richtig erwiesen hat. Die direkten Steuern sollen im nächsten Jahre nach dem Etat bringen 146 Millionen, während sie im letzten Jahre 150 Millionen gebracht haben. Daraus ergibt sich deutlich, daß eine Entlastung der direkten Steuern bei uns veranschlagt, eine Steuerreform mithin notwendig ist. Nur aus den Verbrauchssteuern und indirekten Steuern sind die Einnahmen zu gewinnen. (Zwischenruf des Abg. Richter: Die Kosten der indirekten Steuern.) Der Staatshaushalt weist einen Ueberschuß von 42 Millionen Mark gegen das Vorjahr auf. Bedenken man, daß die Einnahmen im Sinne der getragenen Ueberschüsse ab so erheblich sich herabsetzen auf etwa 12 Millionen. In des Extraordinarium des Etats sind die Kosten für die Erweiterung von Bahnhöfen aufgenommen, auch für die Vererbung der Betriebsmittel wird hier in ausgiebiger Weise gefordert. In der dem Reichstag vorgelegten Ueberschuldenliste sollen dann noch weitere Beträge für die Vererbung des Betriebsmaterials gefordert werden. Die Frage, ob es besser ist, die Kosten für Betriebsmaterial aus den laufenden Einnahmen oder aus einer Anleihe zu decken, ist eigentlich nur eine Vorfrage. Wir verhandeln nicht es

besser, die Kosten aus den laufenden Einnahmen zu decken, damit der Anleihe vermieden wird, als ob bei den Einnahmen bedeutende Ueberschüsse gemacht werden. Die Schuldentilgung ist in den letzten zehn Jahren um eine sehr geringe gewesen, sie betrug nur wenig über 1/10 der gefamten Staatsausgaben. Vier Millionen vier hundert sechzigtausend. In den außerordentlichen Ausgaben sind 300 000 Mark eingestellt, zu Ueberschüssen bei der Reichs-Rothschatz. Zur Gründung eines Instituts zur Aufnahme von Kranken, die mit ansteckenden Krankheiten befallen sind, sowie zur Errichtung von Gefangenen zur Behandlung von Kranken nach der Koch'schen Methode werden 517 000 Mark gefordert. Hierbei kam ich zugleich mitteilen, daß die Zusammenlegung des Koch'schen Instituts in nächster Zeit amtlich bekannt gegeben wird, da hinsichtlich der Ueberschüsse hiergegen Abmilderung und kein Interesse für die Ueberschulden besteht. Bei den Verhandlungen des neuen Etats werden wir uns, meine Herr, nicht lassen lassen können von den Anforderungen und Grundrissen derjenigen, welche Alles von Staat fordern, aber nicht geneigt sind, etwas für den Staat zu geben oder zu opfern. Lassen wir uns leiten von den altbewährten Grundrissen der preussischen Finanzpolitik, dann werden wir den verhältnismäßig günstigen Stand der Finanzen, der wir heute haben, für alle Zeiten beibehalten. (Stoß!) Das Haus verlegt sich hierauf.  
Nächste Sitzung: Montag den 19. Januar 11 Uhr. (Erste Etatsverhandlung.)

**Politische Uebersicht.**

**Deutsches Reich.**

\* Berlin, 12. Januar. (Hofnachrichten.) Kaiser Wilhelm stattete am heutigen Montag Vormittag dem Generalschloß Grafen Waldersee einen Besuch ab und machte dann einen längeren Spaziergang im Ziergarten. Am Nachmittag ertheilte der Monarch im Schloße mehrere Audienzen. Seitern Abend um 7 Uhr vereinigten der Kaiser zur Tafel diejenigen Herren bei sich im königlichen Schloße, welche den Herrscher auf die beiden norwegischen Reisen in den Jahren 1889 und 1890 begleitet haben. — Die Alerce des Prinzen und der Prinzessin Friedrich Leopold und der Prinzessin Luise nach Göttinge und heute Abend 10 Uhr 35 Minuten über München zunächst nach Wigo erfuhr.

— (Fürst Bismarck) hat sich neulich in einem längeren Gespräch auch über den Reichskommissar geäußert. Er sagte: „Als Bismarck mich fragte, welche besondere Instruktionen ich ihm, dem Kaiser, er für uns nach Afrika ging, mitbringe, antwortete ich ihm: „Die einzige Instruktion, die ich Ihnen gebe, ist die, ziehen Sie die Befehle der Verantwortung auf mich, ich acceptire Alles.“ Zu Bismarck habe ich unbegrenzt Vertrauen. Zwei Mal ist er über durch den schwarzen Erdteil gegangen, und jedesmal ist der Mensch mit einer weißen Seite wieder herangekommen. Niemals hat er uns und sich gegenüber den Vorgesetzten bereut. Das Portree auf seiner Seite gibt mir für ihn eine weitere Garantie. Wenn er in Konflikt gerathen sollte, so wird mit mein Instinkt immer zuerst sagen: Für Bismarck! Einmal mag so viel gefehlt sein, als Bismarck, und ein Gelehrter ist er jedenfalls, aber ich glaube, wenn ich sein Profil hier hätte, so würde sich herausstellen, daß ihm der Hinterkopf fehlt, die volle, thierische Energie, auf welche man in Afrika nicht ganz verzichten kann.“

— (Der Reichsanwalt) hat bekanntlich vor dem Justiz Ministerium Uebersicht mit dem Abg. Windthorst gehabt. Wie jetzt mitgeteilt wird, hat Herr von Caprioli damals definitiv erklärt, daß der Kulturkampfverordnungs- und des Besondere (der sogenannte Repetitionsfonds) baldigt aufgehoben werden sollen.

— (Ein sehr unabweisliches Gerücht) behauptet, Staatsminister von Bismarck werde auch das preussische Ministerium des Innern und Dr. Miquel die Leitung der Reichsfinanzen übernehmen.

— (Dem Dirigenten der Colonial-Abtheilung), Dr. Kapfer, ist der Kronenorden zweiter Klasse verliehen.

— (Professor Koch) ist, wie wir hören, anlässlich seines jüngsten Geburtstages auch von der Königin von England, die wohl von ihrer Tochter, der Kaiserin Friedrich, auf dieses Ereignis aufmerksam gemacht worden war, telegraphisch beglückwünscht worden.

— (In parlamentarischen Kreisen) Berlin erzählt man sich, daß der eifrigste Befürworter einer Vermählung der Getreidebölle der Kaiser selbst ist, und es auch durchgesetzt habe, daß die verbundenen Regierungen sich mit derselben im Prinzip einverstanden erklärten. Eine offizielle Kundgebung über die Vererbung der Getreidebölle wird im Reichstage schon in nicht allzuweir Zeit erwartet.

— (Die Wahlprüfungscommission des Reichstages) hat die Wahl des Abg. Vemann für gültig erklärt.

— (Die freisinnige Partei) hat beschlossen, einen Antrag

„Wie? Sie kennen Justizrath Jgnis?“

„Ah, ob ich ihn kenne! Er ist ein langjähriger, intimer Freund meines Vaters.“

„Ein prächtiger Mann! Wenn ich mich noch verlieben könnte, das wäre ein Mann für mich!“

„Und wo bleibe ich dann?“ schallte es hinter dem Vorhang hervor.

„Du wirst immer und allenege mitgeheiratet. Ich wähle nur einen Mann, der uns Beide nimmt.“

„Das trank Miquel, das laßt sich so hin. Es lag ein eigener Zauber in diesem Vaden.“

Alexander aber nahm nunmehr Abschied und versprach, bald einmal wieder zum Tize zu kommen.

„No, no, mehr!“ (Verseffen Sie es nicht) rief Marielchen.

Und Alexander antwortete: „No, no, Senor Magistro.“

Da schickte Marielchen leise vor sich hin.

Fünftes Kapitel.

Mäule stand in Jgnis' Arbeitszimmer und zapfte an seinen Schreibbrymen. Was der Justizrath sagte, schien ihm sehr wenig zu behagen.

„Ich will solches Volk nicht zu Klienten haben“, rief Jgnis, auf ein Astenfach deutend, in welchem er eben gefleht hatte. „Wer Bach angreift, beuhelt sich. Ich werde das Gefindel mit seinen Sachen ab, und Sie hören es brauchen an! Das soll's nun wieder hiermit? Schon die letzte, jetzt glattlich erledigte Sache habe ich ungern übernommen. Dann kam die Diebstahlsangelegenheit mit der fatalen Annonce, und nun wieder dies. Sagen Sie dem Fernrohr ein für allemal, daß ich seine Sache nicht führen will.“

Mäule hatte ungewollig zugehört. „Im, um, Herr Justizrath! Aber welchen Grund soll ich ihm angeben? Welchen Grund?“

auf Abhebung des Verbores der Einfuhr von amerikanischen Speck und Schinken im Reichstage einbringen.  
— (Ein sehr bemerkenswerthiger Vorfall), von welchem man jetzt erst näher Kenntniß erhält, hat zu einer ersten Besprechung der deutschen Regierung bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika Anlaß gegeben. Es wird darüber gemeldet: In der Nacht vom 4. October v. J. wurden drei deutsche Schiffsmanuskripten an Bord des norddeutschen Lloyd-Dampfers „Ebe“ leitens der Polizei in Hoboken verhaftet. Der Anstöß hatte eine Schlägerei zwischen drei deutschen und drei amerikanischen gegeben. Graf Arco Valley, der deutsche Gesandte in Washington, verlangte vom Minister Blaine strengste Untersuchung der Angelegenheit. Er schrieb in seiner Note u. a.:

„Die durch den Räum zweier Offiziere der „Ebe“ (stand) auf dem Gang ihres Dampfers, wo das elektrische Licht Alles taghell erleuchtete. Herr v. Barleben, der in voller Uniform befindliche erste Offizier, fragte die an Bord stützenden amerikanischen Passagiere, was sie wollten. Er fragte sie auch, ob sie vom deutschen Generalkonsul ermächtigt seien, an Bord zu kommen. Statt einer Antwort erhielt er mehrere Schläge auf den Kopf, so daß er die Besichtigung verweigern mußte. Herr v. Barleben, ebenfalls in Uniform befindliche Offizier, erhielt ebenfalls einen schweren Schlag auf den Kopf, außerdem wurden noch verlesene andere, ganz unbedeutende Beleidigungen mittheilt. Die mit Revolvern und Knütteln bewaffneten Passagiere drangen dann in das Quartier der Polizei, zerrten sie aus dem Bett, ohne zu fragen, ob sie an dem Kriminal teilgenommen oder nicht, schlugen sie mit Knütteln und schleppte sie nur mit Nenden v. Barleben an's Ufer, wobei behändig Schläge auf sie niedergegossen.“

Der deutsche Gesandte beschwor sich energisch über diese Brutaalitäten und die in dieser Handlung liegende Verletzung der gesetzlichen Verträge. Die amerikanische Regierung hat hierauf eine Untersuchung gegen die schuldigen Beamten eingeleitet.

— (Für besseren Arbeiterstand im Bereich der Staatsverwaltung) hat der Minister v. Miquel ein Staatsverbot über Unfallversicherung, Arbeiterchutz und Wohlthätigkeits-Einrichtungen verordnet. Der Ertrag, welcher in dem Centralblatt der Verwaltung abgedruckt ist, will die Umriffe der vorliegenden Angelegenheiten und ihren Inhalt durch Beispiele leicht machen. Es wird insbesondere auch hingewiesen auf die Bedeutung der Arbeiter- und Wohlthätigkeitsvereine, die Ueberwachung der Arbeiter auf freier Straße, deren Schutz gegen Witterung und Kälte, die Herstellung von Uebersichtspunkten, Antiebes- und Wachmann u. s. w.

— (Der Reichsanwalt) konstatirt auf Grund des jetzt vorliegenden vom dem Geschworenengericht zu Badonice gegen die galizischen Versicherungsagenten ergangenen Urtheils, daß es wesentlich der Pflichtreue und dem Eifer der preussischen Grenzbeamten zu danken gewesen sei, daß überhaupt die schmachvollen Dörmere Vorzüge aufgehoben und die Schutzbücher zu Benutzungen gesperrt worden seien. Es werden dies vor der Öffentlichkeit festzustellen, um die schmerzlichen Beamten zu erheitern, die man gegen die Ehre der preussischen Beamten erhoben habe.

— (Der Geldmarkt) erhalt sich. Der Diskont der deutschen Reichsbank ist, wie wir unter der Spitzmarke „Das Geld wird billiger“ telegraphisch im gestrigen Blatt melden, auf 4 Prozent, der Lombard-Zinssatz für Darlehne gegen ausschließliche Verpfändung von Schuldverschreibungen des Reiches oder eines deutschen Staates auf 4 1/2 Prozent, gegen Verpfändung sonstiger Effekten und Waren auf 5 Prozent herabgesetzt.

— (In einer sozialistischen Versammlung) in Berlin ist die Uebersicht gemacht, daß die Anträge der sozialdemokratischen Parteipresse zu Neujahr sich ganz erheblich vermehrt hat. Die Abkündigung der Berliner „Vollstrebende“ hat sogar so erheblich abgenommen, daß die fernere Existenz des Blattes gefährdet ist.

\* Breslau, 12. Januar. Der „Breslauer Zeitung“ zufolge legt die Reichsanwalt des Schiedsrichters des Strife fort, auf den anderen Grund wird nicht fortgesetzt.

\* Königsberg, 12. Januar. Der Magistrat hat eine Petition gegen die Besetzung der Besetzung der städtischen Ausschüsse an das Abgeordnetenhaus beschloßen.

\* Stuttgart, 12. Januar. Guten Berechnen nach sieht die Ernennung des württembergischen Generals v. Falkenstein zum Kommandeur der 3. preussischen Division in Stettin bevor.

**Oesterreich-Ungarn.**

\* Wien, 12. Januar. In Prag hat ein großes Fest für die deutschen Landtagsabgeordneten stattgefunden. Einmüthig wurde dabei ausgesprochen, daß man nicht eher ruhen werde, als bis die Deutschen in Böhmen die Rechte besitzen, welche sie beanspruchen können. — In Pest sind die Verhandlungen des ungarischen Reichstages wieder aufgenommen.

**Italien.**

Rom, 12. Januar. Der König und die Königin hatten gestern die Mitglieder des diplomatischen Corps zur Tafel geladen.

— Die Regierung hat eine von verschiedenen Seiten ausgesprochene Forderung nach Erhöhung der Getreidebölle definitiv abgelehnt.

**Frankreich.**

\* Paris, 12. Januar. Die Prinzessin Wilhelm von Baden, die Schwester des verstorbenen Herzogs von Leuchtenberg, stattete gestern dem Präsidenten Carnot einen Besuch ab, den dieser sofort erwiderte. Die Prinzessin Wilhelm reiste darauf nach Karlsruhe zurück. — Zwischen der französischen Regierung und dem Pariser Gemeinderath ist ein neuer Zwist wegen Befestigung eines Theils der Pariser Ringmauer entstanden. Der Gemeinderath ist mit seinen Forderungen rundweg abgelehnt. — Ueber die Persönlichkeiten des in Catalonien Verhafteten, den man für den Mörder des Generals Silberrath, Robespierre, hält. Der noch immer keine Klarheit vorhanden. Ein in Madrid eingelangter telegraphischer Bericht des Präfekten von Gerona besagt, die in Orist verhaftete Persönlichkeiten sei einem mit der Ueberwachung der Grenze beauftragten Kapitän der Zollwache verdächtig erschienen. Letzterer habe dieselbe d-abal angefordert, zu ihm zu kommen und ihren Pass vorzulegen; dieser Aufforderung habe der Unbekannte auch entsprochen. Als der Zollwache-Kapitän denselben aber, um irgendwelche Gesandten herbeizubringen, in sein Zimmer eingefloßen, habe derselbe das Fenster gerammt und zu entfliehen gesucht. Bei der Verhaftung durch die herbeigeeilten Gendarmen habe der Unbekannte, in dessen Besitz zahlreiche zerstreute Schriftstücke und ein aus Paris kommendes Briefchen sich befinden, ein Stück Papier fortgeschickt. Bei der Vernehmung habe derselbe verschiedenes und widersprechendes und auf gewisse geistige Gestaltweise hinweisende Angaben gemacht. Es lasse sich bei jeder wieder bestätigen, was bestritten, daß der Verhaftete Robespierre sei. In späteren Meldungen heißt es, der Verhaftete habe selbst erzählt, daß er nach der Ermordung





